

«Das hat mich erschüttert»

Gewerbechef Hans-Ulrich Bigler will Subventionen für Export und Tourismus bekämpfen



Gegen Eingriffe. Hans-Ulrich Bigler, seit 2008 Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands, will lieber Vorschriften abbauen als Subventionen ausschütten. Foto: Key

Von Alan Cassidy

Am Mittwoch beschloss der Bundesrat, die Folgen der Franken-Stärke für die Wirtschaft mit zwei Milliarden Franken abzufedern. Mit welchen Massnahmen, ist noch offen. Doch für Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands, ist schon jetzt klar, dass der Bundesrat damit grossen Schaden anrichtet.

BaZ: Herr Bigler, als Wirtschaftsvertreter müssten Sie Freude haben: Die Unternehmen, die wegen des Frankens in Probleme geraten sind, werden entlastet.

Hans-Ulrich Bigler: Was heisst entlastet? Die Unternehmen werden nach dem Giesskannenprinzip mit Subventionen beglückt. Das führt langfristig zu Wettbewerbsverzerrungen und teuren, ineffizienten Strukturen, die womöglich kaum mehr wegzubringen sind.

Brauchen Exportwirtschaft und Tourismus denn gar keine Unterstützung?

Die ganze Wirtschaft braucht vom Staat eine gesunde Wachstumspolitik und ordnungspolitische Zurückhaltung. Der Bundesrat sollte den Mut haben, zu sagen: Eine gute Wach-

tumspolitik wirkt langfristig und kann kurzfristig nur sehr begrenzt beeinflusst werden. Denn wer soll einen Anspruch auf die angekündigten Subventionen haben? Der Detailhandel in der Nordwestschweiz ist zum Beispiel genauso betroffen von der Franken-Stärke, obwohl kein einziger Detaillist exportiert. Da entstehen gewaltige Abgrenzungsprobleme.

Es geht ja nicht nur um Subventionen, sondern auch um den teilweisen Erlass von Abgaben.

Das ist ja auch nichts anderes als eine Subvention. Es stellt sich die gleiche

Frage: Welcher Betrieb hat Anspruch auf einen Erlass? Es ist finanzpolitischer Schlendrian, den Überschuss von 2,5 Milliarden Franken aus der laufenden Rechnung dafür einzusetzen statt für den Schuldenabbau.

Geht es Ihnen ums Prinzip? Keine staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft?

Es geht um eine gesunde Wachstumspolitik. Diese muss sich marktwirtschaftlicher Instrumente bedienen und darf sich nicht auf Subventionen abstützen.

Die Wirtschaft hat unterschiedlich auf die Ankündigung reagiert. Economiesuisse hat den Bundesratsbeschluss begrüsst.

Die positiven Reaktionen sind für mich schwer nachvollziehbar. Wer für eine nachhaltige, konsequente Ordnungspolitik einsteht, kann diese Eingriffe nicht begrüssen. Wir vom Gewerbeverband werden alle Massnahmen, die auf eine Subvention hinauslaufen, konsequent bekämpfen und uns für eine Ablehnung einsetzen.

Bundesrat Johann Schneider-Ammann sagte noch im Juni: «Wir wollen keine Industriepolitik via Subventionen.» Wie erklären Sie sich den Sinneswandel?

Das ist es ja, was mich so erschüttert. Nach dem Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008 forderten die Gewerkschaften Konjunkturprogramme von über sieben Milliarden Franken, und wir konnten dies zum Glück durch eine straffe Wirtschaftspolitik verhindern. Nur dank dieser Politik steht die Schweiz heute wirtschaftlich im internationalen Vergleich hervorragend da. Das Franken-Problem ist die Kehrseite dieser Medaille. Doch nun greift die Politik plötzlich massiv in die Wirtschaft ein und nimmt damit in Kauf, dass unsere gute Positionierung auf den Weltmärkten geschädigt wird.

Wie lautet denn Ihr Rezept gegen die momentane Krise?

Wir fordern ein Deregulierungsprogramm. Der Bundesrat sollte unverzüglich eine Task Force einsetzen, die über den Verordnungsweg den Bürokratiedschunzel ausholt und all die unsinnigen Belastungen, Abgaben und Regulierungen auf ein Minimum reduziert. Das gäbe der gesamten Wirtschaft einen Produktivitätsschub – und zwar einen unbefristeten.

Welchen Bürokratiedschunzel?

Nehmen Sie den Patisseriebereich: Dort ist heute vorgeschrieben, dass alle Produkte ständig zwischen fünf bis zehn Grad gekühlt werden müssen, obwohl sie zu einer anderen Temperatur konsumiert werden. Indem man solche unsinnigen Vorschriften einfach abschafft, senkt man nicht nur die Kosten, sondern tut gleichzeitig auch etwas für die Energiepolitik.

Sie fordern schon lange die Einführung eines Einheitssatzes für die Mehrwertsteuer. Was bringt das den Unternehmen?

Der Einheitssatz würde die Wirtschaft um jährlich wiederkehrend 300 Millionen Franken Administrativkosten entlasten, wie der Bundesrat selber festgestellt hat. Gleichzeitig würden wir dadurch sieben Milliarden Franken Schattensteuer bei der Mehrwertsteuer einsparen. Wir sollten aber auch die Unternehmenssteuern senken. Zudem brauchen wir vermehrt Public-private-Partnerschaften. Der Staat sollte mehr Aufgaben an die Wirtschaft delegieren – so wie wir das mit der Energieagentur der Wirtschaft vorgemacht haben.